

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetale 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1919

Aus dem Geschäftsbericht des Gesamtverbandes

Der starke Mitgliedererwerb und die äußere Machtentfaltung der Gewerkschaften können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß das Jahr 1919 für die Gewerkschaftsbewegung ein Krisenjahr erster Ordnung war. Die gesunden Grundsätze des gewerkschaftlichen Schaffens standen in der Feuerprobe ihrer Bewährung und Behauptung.

In der Vorkriegszeit zeigte die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen stetigen, keineswegs sprunghaften Aufstieg. Sie war das Sammelzentrum für alle strebenden Elemente in der Arbeiterkraft, die in der andauernden Einwirkung auf die wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Zustände das beste Mittel zur Verwirklichung ihrer Ziele sahen. Für Utopisten und Anhänger der sog. direkten Aktion bot die deutsche Gewerkschaftsbewegung kein Betätigungsfeld. Wenn das mit der Revolution anders würde und Elemente der verschiedensten Art, vorzugsweise in die „freie“ Bewegung hineindrängten, so liegt das in den Zeitereignissen begründet. Die schnelle Sammlung der verschiedensten Elemente ohne gewerkschaftliches Wollen, ohne Erziehung zur Disziplin, lediglich dem Gange lebend, von der erworbenen Macht zum eigenen Vorteil Gebrauch zu machen, bedeutete für die Gewerkschaftsbewegung die härteste Belastungsprobe. Wo bis dahin gewerkschaftliche Einsicht und Umsicht geherrscht, Unterordnung unter die Bedürfnisse der Gesamtheit ein Lebensgesetz war, entstand jetzt ein Herd ungelogter Leidenschaft. Die Gewerkschaftsbewegung wurde zum Tummelplatz von Elementen, denen wirkliche, auf dem Boden der Sittlichkeit erwachsene Solidarität, der Gedanke des Allgemeinwohles, weisensinnige Begriffe waren, die sich zur Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft nicht aufschwingen konnten, als noch persönlich stärkere Opfer damit verbunden waren.

Bedarf es da noch einer besonderen Erwähnung, daß viele der im Berichtsjahr zum Austrag gebrachten Kämpfe ein Echo auf die bisher geltenden Gewerkschaftsgrundsätze waren? Das war kein organisiertes Vorgehen disziplinierter Arbeitermassen, sondern gewerkschaftliche Anarchie! Dienen mußte die Gewerkschaftsbewegung vielen Zwecken: politischen Plänen, selbstständigen Plänen Einzelner und einzelner Gruppen, die Arbeitskämpfe in den verschiedensten Bergbaugebieten, auf der Eisenbahn usw., waren zumeist politischen Ursprungs. Das Schlagwort von der Diktatur des Proletariats hatte die Köpfe verwirrt. Diktatur des Proletariats, Verwirklichung des Sozialismus auf dem Wege der direkten Aktion waren das angebotene Ziel der Kämpfe. Mit neuer Verwirrung und neuer Verbitterung fanden sie durchweg ihren Abschluß. Die christlichen Gewerkschaften können von sich behaupten, daß sie sich innerlich freihielten von allen Einwirkungen einer irregeleiteten Massenpsychie.

Die Ursachen der Gärung, der Unruhe und der verzweifelten Stimmung der Arbeitermassen liegen nicht nur im verlorenen Krieg und in der Revolution. Man vergegenwärtige sich, daß ein organisches Hineinwachsen der Arbeiterschaft mit ihrer im modernen Arbeitsverhältnis begründeten und durch die privatkapitalistische Wirtschaftsform bedingenen Eigenart, in das staatsbürgerliche und gesellschaftliche Leben bis gegen den Ausgang des Krieges nicht möglich war. Alle warnenden Stimmen, auch aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung heraus, blieben bei den herrschenden Mächten ohne hinreichende Würdigung. Äußere Machtentfaltung und weitere Steigerung des nationalen Rechtsinhalts waren die stärksten Kriebskräfte der deutschen Politik. Das dumpfe

Grollen aus der Tiefe, der Mißmut der lohnarbeitenden Massen mit ihrem Geschick, waren zwar lästige, aber doch nicht ernst genug genommene Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Gestaltung. Bel allem Guten der deutschen Sozialpolitik zeigte sich doch zu sehr, daß die Motive, aus denen sie schöpft, weniger ideeller und grundsätzlicher Art waren. Ein inneres Verständnis für die Lage der lohnarbeitenden Klassen, ein tieferes Mitempfinden ihrer seelischen und leiblichen Not, ein ernsthafter Wille, den sogenannten unteren Volksschichten volle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Gleichberechtigung zu gewähren, sie zu bewußten Mitträgern eines wirklichen deutschen Gemeinschaftslebens zu machen, nur bei wenigen, die auf die Geschichte Deutschlands einen Einfluß ausübten, fand sich solches. Da kam der Krieg. Eine ganze Welt gegen sich, abgeschnitten vom notwendigsten Lebensbedarf konnte Deutschlands Niederlage nicht ausbleiben. Die staatliche Umwälzung war das Produkt dieser Niederlage und der Enttäuschung der Massen über die Führung des Volkes. Die Wirtschaftskämpfe des letzten Jahres waren zum guten Teil die Auswirkung eines Grolles, der sich in Jahrzehnten angesammelt und der sich nun in irgendeiner Weise Luft machen mußte.

Die Gewerkschaften standen im Jahre 1919 mitten im Freiheitstau und im Machtstreben materialistisch denkender, revolutionierender Massen. Daraus wird von Fernstehenden nur zu oft die Folgerung gezogen, in den Gewerkschaften verkörpere sich die Zügellosigkeit, die gemeine Gier nach materiellem Besitz, der brutale Gewaltwille moralisch minderwertiger Individuen. Einer solchen Auffassung muß entschieden widersprochen werden. Die Gewerkschaften standen unter der Einwirkung äußerer Vorgänge und dem Wollen solcher Kräfte, deren sie sich nicht erwehren konnten. Der einsichtiger Teil der Gewerkschaftler war machtlos, um sich mit Erfolg den ungewerkschaftlichen Bestrebungen undisziplinierter Massen entgegenzusetzen. Nur langsam ist an ein Erstarren der seelischen Kräfte zu denken. Und nur langsam wird die Vernunft wieder zur Geltung kommen.

Nicht vergessen darf aber auch werden, daß die Kette der Wirtschaftskämpfe nicht abbrechen konnte bei der wahnsinnigen Preistreiberei für alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter. Nicht die Valutanot und die in ihrer Entwicklung die Preisgestaltung beeinflussenden Löhne bildeten den Anfang der Preistreiberei; Angebot und Nachfrage bestimmen gewissermaßen als unabänderliches Gesetz in der privatkapitalistischen Wirtschaft die Preisgestaltung. Und da der Bedarf größer als das Warenangebot, so kletterten die Preise von Tag zu Tag in die Höhe, dank der nachhaltigsten Förderung zahlreicher Existenzen, deren einziges Bestreben dahin ging, durch die Vorenthaltung der Waren immer weitere Preissteigerungen herbeizuführen. Was kümmernte die Warenbesitzer und Warenhändler des Volkes denn! Der eigene Profit war das einzige Motiv aller ihrer Tätigkeit. Der Wahnsinn der absolut privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zeigte sich niemals deutlicher als in den Tagen der großen deutschen Not. Die materialistische Gesinnung fand zunächst im Kriegsgewinnereiz, dann in dem Wüchereiz der nachrevolutionären Zeit eine ins Grauenhafte gesteigerte Auswirkung. Ganz recht, wenn man die Arbeiter zur Ordnung ruft, die in Verzweiflungsakten das ganze deutsche Wirtschaftsleben bedrohen. Aber niemals sollte vergessen werden, warum die Arbeiterschaft vom Geist der Verneinung und Zerstörung so erfaßt wurde. Gerade die Kreise, die der Arbeiterschaft nicht genügend Vorhaltungen machen können, die nicht genug tun können in der Begeisterung der

Tatsache, daß die Arbeiterschaft zu größeren Freiheiten gelangte, die sind die Hauptschuldigen am deutschen Elend. Das selbstgefällige Bürgertum, das nur „Geschäfte“ macht, und nur das „Geschäft“ kennt, das einen selbstverständlichen Anspruch auf einen guten Gewinn und ein auskömmliches Dasein erhebt, dem die Erlangung des Rentenbafens in möglichst kurzer Frist des Lebens höchstes Ziel ist, das sich keine Gedanken darüber macht, in welchem Maße das Wohl der produzierenden und konsumierenden Arbeitermassen von seinen „Geschäften“ abhängig ist, das hat erst an letzter Stelle das Recht, Steine auf die rebellische Arbeiterschaft zu werfen. Die wilden Arbeitskämpfe, der Lohnbolkschismus sind die nur zu natürlichen Folgen der Anarchie, die dem Bürgertum ein unantastbares Heiligtum der „bürgerlichen Gesellschaftsordnung“ ist. Und unsere Zwangswirtschaft? War sie nicht mit ihrem ganzen Wesen auf die Profitinteressen von Unternehmern und Händlern in stärkstem Maße eingestellt?

Die christlichen Gewerkschaften haben es als ihre vornehmste Aufgabe betrachtet, bei aller Gärung in der Arbeiterschaft der Vernunft Geltung zu verschaffen. Wo einem Notstand gesteuert werden mußte, haben die christlichen Gewerkschaften kräftig und entschieden zugegriffen. Andererseits haben sie zur Ruhe und Besonnenheit gedrängt, wo immer nur der Wirtschaftskampf Formen annahm, die weder der Allgemeinheit noch der Arbeiterschaft zum Vorteil gereichten. Wohl in keiner Zeit haben die Gewerkschaftsangelegten mehr als „Rangierer“ und „Bremser“ tätig sein müssen als im Berichtsjahr. Von der gewaltigen nervenaufpeitschenden Arbeit pflichtbewusster Gewerkschaftsangelegter melden die Tagessetzungen allerdings nichts, während jede auf Arbeiterseite gemachte Vorkehrung chronistenpflichtig registriert wird.

Festgehalten muß werden, daß es nicht die gewerkschaftlich geschulten und disziplinierten Arbeiter sind, die sich am radikalsten gebärden und auf dem Wege der direkten Aktion die Macht an sich reißen wollen. Das radikalste Draufgängertum findet sich zumeist dort, wo ebendem die Gewerkschaften den höchsten Schwierigkeiten begegneten. Die ehemaligen Hochburgen der gelstigen Trägheit, der kriecherischen Untermüßigkeit sind heute die Hauptstätten des radikalen Treibens. Gestern gelb — heute rot — morgen vielleicht wieder gelb — so wechselt hier die Gesinnung. Vorerst haben vornehmlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften die undankbare Aufgabe, sich mit den radikalisierten Massen herumzuschlagen. Die Spaltung der politischen Sozialdemokratie, die Erkenntnis der Unmöglichkeit der Verwirklichung des sozialistischen Ideals in absehbarer Frist auf der einen Seite, der Ruf nach der Diktatur des Proletariats und zur sofortigen Verwirklichung jenes Ideals auf der anderen Seite erschweren die gewerkschaftliche Arbeit ungemein. Der Kampf der beiden Gruppen wogt hin und her, und noch ist nicht abzusehen, wer auf die Dauer die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in der Hand behält. Ein Teil der „freien“ Gewerkschaftsorganisationen sind ein sicherer Bestand der Unabhängigen; andere große Organisationen stehen noch unter Leitung der Rechtssozialisten. Wie lange aber deren Herrschaft währen wird — wer weiß es?

Obgleich die Wogen der Zeitereignisse die christlichen Gewerkschaften nicht unberührt ließen, so bleibt doch festzustellen, daß sie ihren Grundsätzen treu blieben und ihre innere Geschlossenheit keinen Schaden erlitt. Mitglied einer christlichen Gewerkschaft wird immer im wesentlichen nur werden, wer mit seiner ganzen Auffassung nach dorthin neigt.

Um die „Bauhütte“ G. m. b. H. im Ruhrkohlenbezirk

Als wir uns vor einundneunzig Jahren zum ersten Male in engerem Kreise mit der Frage der Bauproduktionsgenossenschaften befaßten, hat wohl keiner geahnt, daß sich diese Gedankengänge so schnell in der Bauarbeiterbewegung durchsetzen würden. Die uns zunächst vorschwebenden Zielwaren: Belebend auf die Bauindustrie zu wirken, billig und gesunde Baumeister zu schaffen, preisregulierend zu wirken und Einfluß auf die baugewerbliche Produktion zu gewinnen.

Nachdem in grundsätzlicher Beziehung die nötige Klarheit in den Kreisen unserer Bauarbeiter geschaffen war, konnte der praktischen Ausführung des Planes näher getreten werden. Den Lesern der „Baugewerkschaft“ ist bekannt, daß ich die neue Bestrebung auf einer möglichst breiten Grundlage aufgebaut wissen wollte. Die Gelegenheit hierzu schien gegeben, als die Regierung mit einer Gesetzesvorlage betr. Gründung des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk heraustrat. Danach sollten in möglichst kurzer Zeit etwa 180-200 000 Bergmannswohnungen neu hergestellt werden. Tausende Bauarbeiter, aber auch sozialdenkende Persönlichkeiten aus anderen Schichten atmeten damals auf: Endlich eine Gelegenheit, die Leistungsfähigkeit des genossenschaftlichen Baubetriebes im großen zu erproben. Dabei war ich mir von vornherein klar, daß unser Vorhaben nicht mit kleinen Mitteln verwirklicht werden könnte. Auch darüber bestand wohl nirgends ein Zweifel, daß das neue Genossenschaftsunternehmen, wenn es auf der gebachten Grundlage zustande kam, von größter Bedeutung für die ganze Bewegung werden mußte.

Da die Größe der gestellten Aufgabe ein einheitliches Zusammenfassen aller Kräfte der Bauarbeiter notwendig machte, hatten sich der Deutsche Bauarbeiterverband und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands zu gemeinsamem Handeln zusammengefunden. Etwa Mitte Juni wurde an die Treuhändstelle für den Ruhrkohlenbezirk, d. i. die Stelle, die die für den Bau von Bergmannswohnungen erhobenen Kostenzuschläge verwaltet, der Antrag gestellt, für das zu gründende Genossenschaftsunternehmen die Summe von fünf Millionen Mark als Gesellschaftskapital unter näher festgelegten Bedingungen zu überlassen. Gleichzeitig wurde an die Provinzialen Wohnungsverwaltungsgesellschaft Düsseldorf, wie auch an die Westfälische Heimstätte, Wohnungsfürsorge G. m. b. H. in Münster i. W., der Antrag gestellt, unter noch näher festzusetzenden Bedingungen je einen Betrag von 400 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Kapitalsumme sollte von den Bauarbeiterverbänden aufgebracht werden, so daß ein Kapital von rund 6 000 000 M. zur Verfügung des neuen Unternehmens gestanden hätte. Es leuchtet ein, daß sich mit einem solchen Kapital schon etwas Großartiges hätte schaffen lassen, besonders hier im Industriebezirk.

Diese unsere Anträge fanden in- und außerhalb der maßgebenden Stellen recht warme Befürworter, andererseits traten auch die ablehnenden Meinungen sofort scharf hervor. So kam es, daß wir Mitte Juli d. J. mit dem Verwaltungsrat der Treuhändstelle in Essen eine ge-

den. Materialismus zu bannen, wahrlich, es stände besser um Deutschlands Wirtschaftsleben. Ich erfuhr noch, daß schon früher in Duderstadt und Dingelstädt ähnliche Veranstaltungen stattgefunden hatten. In Duderstadt fand acht Tage später wie in Heiligenstadt eine Kundgebung statt, die nach den Zeitungsberichten ebenfalls herzlich verlaufen ist. Es waren herzerfreuende Kundgebungen, sie werden wesentlich dazu beitragen, der Öffentlichkeit zu zeigen, was die christliche Arbeiterbewegung will. Hervorgehoben werden muß noch, daß die geistlichen und weltlichen Behörden zu den Kundgebungen Vertreter sandt hatten, welche der Bewegung ihre Sympathie aussprachen.

In diesem Zusammenhange möchte ich noch eine Anekdote auf dem Eichsfelde erwähnen. Auch der Genossenschaftsgedanke marschiert. Wohl bestanden früher schon kleine Konsumvereine, die aber über den betreffenden Ort hinaus keine Bedeutung hatten. Die Tabakpflanzler des Kreises Duderstadt haben sich zu einer Genossenschaft zusammengetan, um ihre Interessen zu wahren. Es sind fast alles kleine Leute; sie haben auch schon gute Erfolge zu verzeichnen. Von größerer Bedeutung ist die ausgezeichnete Entwicklung des Konsumvereins Eichsfeldia. Er wurde im Sommer 1918 in Oberhohenhausen gegründet und zählt heute bereits in über 30 Orten Verkaufsstellen. In Weisterode bei Duderstadt hat er ein größeres Grundstück erworben und errichtet dort zurzeit zunächst ein Lager- und Wohnhaus. Neben den bestehenden kleineren örtlichen Vereinen sind auch einige entstanden, die in ihrer Entwicklung durch die Krankheit „Krankheitsmangel“ stark gehemmt sind. Es bestehen aber gute Aussichten, den Gedanken des zentralen Konsumvereins auch hier durchzusetzen. Daß der kaufmännische Mittelstand auf die Entwicklung des Konsumvereins Eichsfeldia nicht gut zu sprechen ist, kann man verstehen, aber auch in diesen Kreisen sollte man einsehen, daß mit Schimpfen auf andere Stände dem eigenen Stande nicht geholfen

stigt der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Ueberzeugung, die ihn befähigt, auch der Eigenart der einzelnen Arbeitnehmergruppen Rechnung zu tragen.

Unter den Kämpfern, die gewollt zur Befriedigung der Lebensnotwendigkeit geführt werden mußten, und die zum anderen Teil aus politischen Motiven von Dunkelmännern aller Art inszeniert wurden, wurde die deutsche Arbeiterschaft der Errungenschaften auf gesetzgeberischem Gebiete nicht recht froh. Diese Kämpfe und die Ueberfülle neuer gesetzlicher Bestimmungen verwischten die volle Erkenntnis des Erreichten. Und zum anderen bietet insbesondere das Betriebsrätegesetz ein Musterbeispiel dafür, daß aller sozialer Fortschritt die mit Schlagworten vollgepfropften Massen doch nicht zu befriedigen in der Lage ist. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung herrscht glücklicherweise volle Ueberzeugung darüber, daß die Betriebsräte nur eine Ergänzung der gewerkschaftlichen Organe sein dürfen und sie nur so gewertet werden müssen. Daß die soziale Gesetzgebung des weiteren Ausbaues bedarf, steht außer Frage. Wenn allerdings der Gang der Gesetzgebungsmaschinerie etwas langsamer sein würde, bedeutete das keinen Verlust. Selbst bei allem guten Willen ist es heute keinem Menschen möglich, sich durch alle Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen hindurchzufinden. Besser ist es schon, die Gesetzgebung hält mit der Aufnahmefähigkeit des Volkes gleichen Schritt, als daß sie aus Unkenntnis unbeachtet bleibt und in dessen Folge eine schlecht wieder gut zu machende Herabminderung ihres Nutzens erfährt.

Das wirtschaftliche Leben Deutschlands stand zum guten Teil unter der Einwirkung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags. Die dem deutschen Volke hier aufgebürdete Last vermag es nicht zu tragen. Wären die eingangs erwähnten Gründe nicht vorhanden, die zu den Kämpfen der letzten Jahre Veranlassung boten, so blieb im Versailler Friedensvertrag allein Ursache für die Unruhen genug. Deutschland kam nicht zur Arbeit, zur Ordnung und zum Frieden kommen, solange das Versailler Diktat Geltung hat. Seine Revision wird kommen. Beim Wiederaufbau der Weltwirtschaft ist Deutschland mit seinen qualifizierten Volksträften unentbehrlich. Entweder diese Kräfte werden frei und der ganzen Menschheit nutzbar gemacht, oder aber mit Deutschlands Untergang ist auch das Ende der europäischen Kultur da. Daß Deutschland zum Untergang bestimmt ist, daran mag man in der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht glauben. Die Weltgeschichte wird schon ihre Korrektur finden.

In Trübsal und Not wird unser Volk die moralischen Kräfte wiederfinden, die ihm in den Tagen des äußeren Abwandes abhanden kamen. Darin liegt unsere Hoffnung. Mögen auch noch trübere Tage kommen, als wir sie bereits durchlebten, ein neues, ein besseres Deutschland muß und wird entstehen. In dieser Auffassung haben die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre gewirkt, in diesem Glauben haben sie die Kraft gefunden, an der deutschen Arbeiterschaft und am deutschen Volke nicht zu verzweifeln.

Ueber die Entwicklung der Mitglieder- und Kassenverhältnisse werden wir in der nächsten Nummer berichten.

Eine bestimmte Ueberzeugung und ein gewisser Mut, diese Ueberzeugung auch dann zu bekennen, wenn die Zeitströmung in andere Bahnen verläuft, sind für jeden christlichen Gewerkschaftler erforderlich. Darin besteht die Stärke unserer Bewegung und ihr Einfluß. So sind die christlichen Gewerkschaften selbst ein sprechender Beweis für die Wichtigkeit ihrer Auffassung, daß Geist und Gesinnung im Kampfe um die Beherrschung des Stofflichen der Vorrang gebührt. Innerlich steht die christliche Gewerkschaftsbewegung von allen Gewerkschaftsrichtungen Deutschlands am festigsten da. Die Uebereinstimmung in der Auffassung ihrer Mitglieder verhilft, daß die Bewegung zum Kampfsplatz politischer Gegensätze wurde. Gutmütigkeit herrschte in allen großen Fragen. Auch in jenen, die nur unmittelbar mit den gewerkschaftlichen Aufgaben in Berührung stehen. Die nationale Einstellung der christlichen Gewerkschaften führte sie zu schärfster Verteidigung der Reichseinheit. Die demokratische Auffassung ließ sie den Boden der Verfassung schützen, als diese durch Kapp und Konsorten bedroht war. Die christlich-soziale Gesinnung ließ sie das jegliche Volkssolidarität vernünftige Treiben weiter Arbeiterschichten verurteilen und auch den Arbeitgebern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die in der Arbeitsgemeinschaft zur praktischen Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und zur Verwirklichung des Wirtschaftslebens bereit sind. Das ehrliche Bemühen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der Sache der Arbeiter zu dienen, ließ sie mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen Hand in Hand arbeiten, wo immer dieses nur unter Wahrung der eigenen Grundsätze geschehen konnte. In der Zusammenarbeit besonnener Leitungen der Gewerkschaftsrichtungen, die für die Zukunft noch viel noblerer erscheint als in der Vergangenheit, wird auch zum guten Teil der Erfolg aufrichtigen Strebens für die Rechte der Arbeiter liegen.

Das Berichtsjahr brachte für die christliche Gewerkschaftsbewegung das Ende des langjährigen sogenannten Gewerkschaftsstreites. Alle einsichtigen Kreise sind sich darüber klar, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland eine ganz andere Bedeutung haben würde, wäre sie von den prinzipiellen Kämpfen um ihre interkonfessionelle Grundlage verschont geblieben. Immerhin bedeutet das Aufgehen der katholischen Fachabteilungen in die christlichen Gewerkschaften nicht nur einen hohen moralischen Erfolg, sondern auch den Gewinn von Kerntruppen, die im Kampfe um die christlichen Grundsätze sich bereits bewährten. Neben der Erlebung des Gewerkschaftsstreites bedeutet die Umbildung des deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes in den Deutschen Gewerkschaftsbund für die christliche Gewerkschaftsrichtung eine Erhöhung ihrer Stofkraft. Der deutsch-demokratische Gewerkschaftsbund jaßte ungleichartige Elemente zusammen, deren einheitliche Auffassung nur in der Ablehnung des Radikalismus und des sozialdemokratischen Terrors bestand. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hingegen gilt als die Vereinigung gleichgerichteter und gleichgesinnter Organisationen, die auf die Betonung der Wichtigkeit christlich-nationaler Ideen für die gewerkschaftliche Arbeit nicht verzichten zu können glauben. In den drei Gesamtverbänden der Arbeiter, Angestellten und Beamten be-

Mit jedem Hauch entflieht ein Teil des Lebens, Nichts bleibt Ersatz für das, was du verloren; Drum suche früh ein würdig Ziel des Strebens; Es ist nicht deine Schuld, daß du geboren, Doch deine Schuld, wenn du gelebt vergebens. Bodenstedt.

Vom Eichsfelde

II.

Ich berührte schon die Stellung der christlichen Gewerkschaften auf dem Eichsfelde. Sie hat sich in der Zeit seit der Revolution ganz außerordentlich gehoben. Eine ganze Anzahl freigelegter Sekretäre ist tätig. So in Heiligenstadt ein Sekretär und eine Sekretärin des Tabakarbeiterverbandes. Dieser Verband ist fast in jedem Dorfe vertreten. Wird die Tabakindustrie in den nächsten Jahren bessere Arbeitsmöglichkeiten bieten, so wird das Eichsfeld eines der wichtigsten Gebiete für die künftige Entwicklung des christlichen Tabakarbeiterverbandes werden. Auch ein Sekretär des Textilarbeiterverbandes hat seinen Sitz in Heiligenstadt. In Weisterode wohnt je einer der Ortsleiter, Berg- und Landarbeiter. Der Textilarbeiterverband unterhält ein Sekretariat in Dingelstädt. In der Unterordnung mit einem dieser Herren erfuhr ich, daß auch heute noch viel Schwierigkeiten zu überwinden sind; es machen sich noch immer Nachwehen des unglücklichen Brandes vom Jahre 1914. Die Einigung ist jedoch auf dem Eichsfelde rechtens erlangt und herrscht in der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein guter Geist.

Da die ich in den Jahren: Gewerkschafts- fest in Breitenworbis. Da möchte ich hier, trotz einiger Schwierigkeiten ihrer Mitglieder und unter der

diesem Sonntag. Die Mähen wurden reichlich belohnt. Ein stattlicher Festzug mit circa 700 Teilnehmern bewegte sich durch das Dorf. Sekretär Kiesel-Berlin hielt die Festrede. Er sprach über die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften und ihre ziffernmäßige Entwicklung. Bei den Zuhörern, unter denen auch viele Personen anderer Stände vertreten waren, fand er lebhaften Beifall. Am Sonntag darauf hatte Heiligenstadt sein Gewerkschaftsfest. Gerade hier, wo früher der Kampf zwischen „Eich Berlin“ und den christlichen Gewerkschaften starke Wellen geworfen hatte, wo heute die Sozialisten glauben Herr der Lage zu sein, wollte ich die Entwicklung der christlichen Bewegung kennenlernen. Schon frühmorgens brangte die Ruheempfindung in stattlichem Schmuck, also die Bevölkerung nahm lebhaften Anteil. Der Festzug zählte circa 1100 Personen. Das war Bekehrungsgeist, der aus den Augen von jung und alt sprach.

Man hörte aus dem zuziehenden Publikum viel Stimmen des Erstaunens über die Stärke der Bewegung. Leider waren infolge des schlechten Wetters Mitglieder weit entlegener Orte ferngeblieben. Die Festrede wurde auf dem Schützenplatze im Freien abgehalten. Hier sprach vor circa 2000 Zuhörern Gewerkschaftssekretär Zimmermann vom christlichen Bauarbeiterverband aus Hammel. Auch er sprach über das Vollen der Bewegung. Er zeigte klar, wie dieselbe heranzu sei, am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuwirken. Praktisches Christentum forderte er, aber nicht nur für die Arbeiter, sondern auch die anderen Stände müßten nach diesen Grundsätzen handeln, insbesondere Handel, Landwirtschaft und Industrie. Kampf der Gewinnucht, der Profitgier, die heute weite Kreise erfasst hat!

Die beiden Reden zeigten mir, daß die christlichen Gewerkschaften auch auf dem Eichsfelde marschieren, nicht nur in Heiligenstadt, sondern auch in Breitenworbis, in der nächsten Zeit wird sich ihre Mitglieder und unter der

meinsame und, ich möchte fast sagen: bestimmende Sitzung hatten, in der über die vorerwähnten Anträge eine gedankenreiche Aussprache stattfand. Neben dem Vorstand der Treuhandstelle, Herrn Prof. Baurat Knipping, waren der Wohnungskommissar des Siedlungsverbandes, Herr Oberregierungsrat Rapaport, und eine Anzahl Herren des Verwaltungsrates der Treuhandstelle zugegen. Auch hatte sich die Westfälische Heimstätte, Wohnungsfürsorge G. m. b. H. in Münster, durch ihren Direktor und ihren Justitiar vertreten lassen, während die Provinzielle Wohnungsfürsorge in Düsseldorf sich bezeichnenderweise in Schweigen hüllte. Vom Deutschen Bauarbeiterverband waren anwesend die Herren Ellinger, Nahl und Obermeier, vom christlichen Bauarbeiterverband die Herren Koch-Vochum und Dieblich-Essen und ebenso der Schreiber dieser Zeilen, auch war ein Vertreter der Angestelltenverbände anwesend. Erwähnt sei noch, daß der Verwaltungsrat sowohl Vertreter der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmererschaft in sich vereinigt, also paritätisch zusammengesetzt ist.

Zu dieser maßgebenden Sitzung ist dann auch das Für und Wider unseres Planes ausgiebig besprochen worden. Unsererseits wurde der Entwurf eines Gesellschaftsvertrages für eine zu gründende Bauproduktionsgenossenschaft „Bauhütte“, Rheinisch-Westfälische Bau-gesellschaft m. b. H., zur Beratung vorgelegt. Die in dem Entwurf festgelegten Tendenzen stießen natürlich teilweise auf großen Widerstand, speziell bei den Arbeitgebermitglidern des Verwaltungsrates, die als Vertreter der Zehnherrn zugegen waren. Daß diese exponiertesten Vertreter privatkapitalistischer Wirtschaftsweise der von uns propagierten neuen Wirtschaftsform keinen Geschmack abgewinnen konnten, versteht sich schließlich aus naheliegenden Gründen von selbst. Um so mehr gefreut hat es mich dann, als der Generaldirektor eines großen Werkes, nachdem er zahlreiche Fragen gestellt und beantwortet erhalten hatte, erklärte, daß er sich trotz mancher Bedenken mit unserer Bestrebung abfinden könnte. Der Vorstand der Treuhandstelle stand ebenfalls unserem Plane freundlich gegenüber, aufscheinend auch der Vertreter der Regierung. Auf die Stimmen der Arbeitnehmervertreter des Verwaltungsrates der Treuhandstelle konnten wir ohne weiteres rechnen. Als wir an diesem Abend nach langen Beratungen auseinandergingen, hatten wir den Eindruck, daß unserem Plane zwar noch Hindernisse entgegenstanden, daß er sich aber schließlich doch durchsetzen würde.

Es sollte anders kommen. Etwa acht Tage später sollte die entscheidende Sitzung des Verwaltungsrates der Treuhandstelle stattfinden, in der grundsätzlich über die Bereitstellung der erbetenen Mittel beschloffen werden sollte. Die Treuhandstelle stellte jetzt die Bedingung, daß in dem Aufsichtsrat unserer neuen Gesellschaft Mitglieder des Verwaltungsrates der Treuhandstelle vertreten sein sollten. Diesem Begehren konnte nach meinem Dafürhalten ohne weiteres stattgegeben werden, doch wurden seitens der Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes hiergegen starke Bedenken geltend gemacht. Mittlerweile waren die Gegner unserer Bestrebung nicht müßig gewesen. Die Treuhandstelle wurde bald mit allerlei Eingaben und gutachtlichen Äußerungen überschwemmt, die alle bezweckten, die Herausgabe der erbetenen Gelder zu hintertreiben. Das Haupt-

wort: Die rücksichtslose Preistreiberi des Zwischenhandels führt ganz naturgemäß zum genossenschaftlichen Zusammenschluß der Verbraucher. Das Eichsfeld böte der Düsseldorf Konsumvereinszentrale günstige Gelegenheit, die Eigenproduktion zu fördern. Die arbeitende und verbrauchende Bevölkerung des Eichsfeldes aber sollte ihre Gelder in der genossenschaftlichen Bewegung anlegen, um nicht in die Lage zu berathen, die Eigenproduktion besser treiben zu können. Dann könnte eine erhebliche Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen in der Heimat ihr Brot verdienen, die heute gezwungen sind, auswärts zu arbeiten. Die Konsumgenossenschaften auf dem Lande aber müßten ihr Aufgabengebiet dahin erweitern, daß sie den Aufkauf von Feldfrüchten in die Hand nehmen, um den Bedarf ihrer Brudergenossenschaften in den Städten und Industriegebieten unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu decken. Jedenfalls steht der heute schon blühenden Konsumvereinsbewegung auf dem Eichsfelde noch eine große Zukunft bevor.

Möge die Bevölkerung des Eichsfeldes sich ihrer Aufgaben in der jetzigen Zeit bewußt sein! Möge sie bedenken, daß die Eichsfelder stets als stolze Bekenner des Christentums aufgetreten sind, wo sie auch sein mochten. Heute erwarte ich vom Eichsfelder erst recht, daß er heiliglich handelt und dem materialistischen Geist die Stirn bietet. Die christlichen Arbeiter sind dazu entschlossen, wollen die anderen Stände zurückstehen? Ich hoffe es nicht. Die Führer und Erzieher der Bevölkerung mögen mit guten Beispielen vorangehen und nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch die Durchführung der christlichen Grundsätze fördern. Christlicher Solidarismus muß auch auf dem Eichsfelde die Parole des Handelns werden, dann werden wir das Land, das wir lieben, auch ferner als christliches Land mit christlicher Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft erhalten.

Am 16. Oktober ist der zweiundvierzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1920 fällig.

verdient an diesem Treiben darf sich der Westdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zuerkennen, der in einer langen Denkschrift an die Treuhandstelle das schwerste Geschick gegen die Gründung der „Bauhütte“ aufzählen ließ. Der Erfolg dieses ganzen Kesseltreibens war zunächst der, daß die vorerwähnte Sitzung ein- oder zweimal verschoben wurde. Als man sich schließlich wieder zusammengesunden hatte, boten die vorerwähnten Eingaben und „Gutachten“ den Unternehmervertretern das erwünschte Material, von dem sie reichlich und gern Gebrauch machten. Von Seiten des Verwaltungsrates der Treuhandstelle wurde darauf bestanden, daß in dem sog. Betriebsvorstand der „Bauhütte“ Vertreter der Treuhandstelle Stimmen haben sollten. Von den freigewerkschaftlichen Arbeitnehmervertretern wurde dies nach wie vor abgelehnt. Eine Einigung auf mittlerer Grundlage, die m. E. hätte gefunden werden müssen, unterblieb, da von beiden Seiten hartnäckig an dem einmal eingenommenen Standpunkt festgehalten wurde. Die dann vorgenommene Abstimmung entsprach völlig diesem Bild, indem unser Antrag auf Herausgabe der genannten Kapitalsumme mit Stimmungleichheit abgelehnt wurde. Damit waren unsere Hoffnungen auf ein baldiges Zustandekommen der „Bauhütte“ mit anschließender Aufnahme des Betriebes zunächst vernichtet. Privates Bauunternehmertum und Zehnenkapital hatten sich aus Gründen, die höchst eindeutig liegen, zu gemeinsamer Abwehrfront zusammengesunden, ihr Einfluß hat sich als der stärkere erwiesen. Sie haben nun ihren „Sieg“ — ob sie feiner froh werden?

Noch aber vermag ich nicht zu glauben, daß sie wirklich gesiegt haben. Die endgültige Entscheidung liegt bei den Reichsbehörden. Wie wir neuerdings mitgeteilt wurde, sind dort kurze Verhandlungen im Gange, und werden wir hoffentlich in aller Kürze Gelegenheit haben, über das Endergebnis Näheres zu hören. Wenn bei den in Frage kommenden Regierungsstellen dieselbe Einsicht in die Notwendigkeiten der neuen Zeit vorhanden ist, wie sie der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns neulich in einer Rede in Dresden so freimütig bekundete, dann dürfen wir hoffen, daß die Entscheidung in unserem Sinne ausfällt. Freilich ist anzunehmen, daß sich die vorbezeichneten Einflüsse auch oben geltend machen werden. Ob mit oder ohne Erfolg — nun, das wird sich bald zeigen.

Julius Bedmann, Darmen.

Allgemeines

Arbeitsrechtsausschuß im Deutschen Gewerkschaftsbund. Um eine überflüssige und unzuverlässige Beantwortung aller das Arbeitsrecht betreffenden Fragen zu ermöglichen, ist vom Deutschen Gewerkschaftsbund, dem der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, ein Arbeitsrechtsausschuß gebildet worden. Der Arbeitsrechtsausschuß ist dankbar für alles Material, das ihm über Anwendung und Auslegung des Arbeitsrechts zugeht. Insbesondere sind Mitteilungen über Vorfälle und Mißbrauch in dem Betriebsrätegesetz erwünscht. Alle Anfragen und Einsendungen sind zu richten an den Arbeitsausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, zu Händen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Peters, Berlin SW 68, Charlottenstraße 86.

Die Leistungsfähigkeit unserer Deutschen Volksversicherung tritt voll in Erscheinung, wenn man ihre Dividendenresultate mit denen der Volksfürsorge (sozialdemokratisches Unternehmen) und der Viktoria (Privatunternehmen) in Vergleich stellt. Danach haben diese drei Versicherungsgesellschaften in den letzten drei Geschäftsjahren folgende Dividenden an ihre Versicherten verteilt:

Jahr	Deutsche Volksversich.	Volksfürsorge	Viktoria
1917	3%	10%	20%
1918	5%	8%	20%
1919	14%	5%	0%

Diese Ergebnisse sind um deswillen besonders bemerkenswert, weil die Tarife der Deutschen Volksversicherung im allgemeinen günstiger für die Versicherten sind, wie bei den anderen Gesellschaften, teilweise sogar ganz erheblich. Während die Viktoria als altes Versicherungsunternehmen ihre Versicherten gänzlich dividendenlos ausgehen lassen mußte, konnte die Deutsche Volksversicherung als junges Unternehmen, dem man keine früheren — in Folge der Kriegereignisse — niederen Dividendenhöhe von der Konkurrenz bis anreißende, ihre Dividende ganz wesentlich steigern. Die Volksfürsorge bietet das umgekehrte Bild der Entwicklung, wie bei der Deutschen Volksversicherung auch andere Versicherungsgesellschaften haben sich genötigt, ihre Dividenden zu ermäßigen, so die Friedrich-Wilhelm-

im Gewinnverband A um 3 Prozent und im Gewinnverband C um 5 Prozent. Dieser Entwicklung der Dividendenresultate gegenüberzustellen sind die außerordentlich günstigen Tarife der Deutschen Volksversicherung.

Bauhändler nach Holland

Zu dieser Angelegenheit veröffentlicht der Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes Ernst Muth in Köln im „Grundstein“ eine Notiz, worin er wahrheitswidrige Angaben macht und meine Mitteilungen in der „Baugewerkschaft“, daß im Haag 1000 Bauhandwerker der verschiedensten Berufe benötigt werden, als Schwindel bezeichnet. Demgegenüber muß ich alle meine Angaben voll und ganz aufrechterhalten. Ich habe in der „Baugewerkschaft“ nur die nackte Tatsache mitgeteilt, daß im Haag Bauhandwerker benötigt werden und sich für deutsche Bauhandwerker die Gelegenheit bietet, ein nettes Stück Geld zu verdienen. Ein besonders Interesse, deutsche Bauhandwerker nach Holland zu vermitteln, haben wir selbstredend nicht.

Die Leitung des Arbeitgeberverbandes im Haag und auch die Vertreter der holländischen Bauarbeiterverbände beider Richtungen haben erklärt, daß sie wünschen, daß deutsche Bauarbeiter nach dem Haag kommen. Diese wissen zweifellos besser, wieviel Bauhandwerker sie benötigen, als der „Genosse“ Muth in Köln, dem es beliebt, von Schwindel zu schreiben. Tatsache ist auch, daß von unseren Verbänden schon eine größere Anzahl Stukkateure und Putzer im Haag beschäftigt sind und daß sich mehrere Hundert noch zur Hinfahrt gemeldet haben. Die Verkleinerungstucht des Genossen Muth uns gegenüber verfährt also nicht.

Daß nicht sofort 1000 Bauhandwerker verlangt werden, hatte ich ja besonders in meinem Artikel hervorgehoben. Daß zunächst nur Stukkateure und Putzer verlangt werden, und zwar 4-500, hat seinen Grund darin, daß eine große Anzahl Bauten unter Dach sind, die auf Zureinrichtung warten. Auch in Holland zählt der Staat einen Hebersteuerzuschuß für Herstellung von Wohnungen, und zwar 30 Proz. Bevor die Regierung nun zu neuartigen Bauten Geld bewilligt, verlangt sie zunächst die Fertigstellung der angefangenen Bauten.

Übrigens haben sich mittlerweile so viele Kollegen zur Arbeitsaufnahme in Holland gemeldet, daß weitere Meldungen zwecklos sind. Die gemeldeten Kollegen sind in Listen eingetragen. Die Listen sind der Regierung in Holland eingereicht. Diejenigen Kollegen, für die die holländische Regierung die Einreise genehmigt, erhalten von der Bezirksleitung in Köln weitere Nachricht. Besondere Rückfragen sind daher zwecklos.

Es haben sich auch Kollegen gemeldet und ihre Pässe eingesandt, dabei aber vergessen, ihre Adresse anzugeben. Es kann mithin diesen Kollegen nicht geantwortet werden. Soviel müßte doch jeder wissen, daß er im Brief seine Adresse angibt oder doch zum wenigsten auf den Briefumschlag den Absender schreibt. A. Lange, Köln.

Erwerbslosenfürsorge in Württemberg

Das württembergische Arbeitsministerium hat auf eine Eingabe der christlichen Gewerkschaften betr. Erwerbslosenfürsorge folgende Antwort gegeben:

Von den verschiedenen Gewerkschaften ist in letzter Zeit, unter anderem auch auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge, eine Reihe von Forderungen, und zwar im wesentlichen gleichlautenden Inhalts, aufgestellt worden. Das Arbeitsministerium hat diese Forderungen einer eingehenden Prüfung unterzogen und ist, da es sich durchweg um Fragen handelt, welche der reichsgesetzlichen Regelung vorbehalten sind, mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung getreten. Während bei einem Teil der Forderungen ein Entgegenkommen sich als unmöglich erwiesen hat, ist bei einem anderen Teil ein solches entweder bereits erfolgt oder in Aussicht genommen. Im einzelnen bemerkt das Arbeitsministerium:

Hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose ist es den auch vom Arbeitsministerium unterstützten Bemühungen inzwischen gelungen, den Beginn des Rederkanalbaues beim Reich durchzuführen. An einer Baustelle ist bereits begonnen, weitere werden in unmittelbarer Nähe erschlossen werden. Auch sonst ist das Arbeitsministerium bestrebt, durch eine möglichst weitgehende Heranziehung der Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu fördern.

Die geforderte Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze ist vom Reich aus finanziellen Gründen abgelehnt worden. Dagegen ist vom Reichsarbeitsministerium eine bestimmte Summe mit Ermächtigung der Reichsregierung ausgeworfen worden, um eine besondere Fürsorge für langfristige Erwerbslose durchzuführen. Für Württemberg kommt ein Betrag von etwa über 450 000 Mk in Betracht, über dessen zweckmäßige Verwendung die Erwägungen bereits eingeleitet sind. Bei dieser Gelegenheit wird bemerkt, daß mit Erlaß der R. V. D. vom 6. 5. 20. (R. G. Bl. S. 871) die Verbindung vom Ortslohn und Erwerbslosenunterstützungssatz in ihrer bisherigen Gestalt weggefallen ist. Ortslöhne haben für die Erwerbslosenunterstützungssätze nur noch Bedeutung im Rahmen des § 9 Abs. 6 der genannten R. V. D. Da jedoch das Reichsarbeitsministerium hierher mitgeteilt hat, daß es seine nach der genannten Gesetzesbestimmung gegebenenfalls erforderliche Zustimmung grundsätzlich nicht erteilen könne, hat die Erhöhung der Ortslöhne für die Festsetzung der Erwerbslosenunterstützungssätze ihre bisherige Bedeutung verloren.

Die Freilassung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen von der Inrechnung gemäß § 12 der R. V. D. über die Erwerbslosenfürsorge ist vom Reichsarbeitsministerium zugebilligt worden.

Bezüglich der Wartezeit ist eine erhebliche Milderung für die allernächste Zeit zu erwarten. Daß die Erwerbslosenunterstützung nicht als Einkommen im Sinne der Steuererlasse anzusehen und daher von der Einkommensteuer befreit ist, ist durch Rundschreiben sämtlicher Finanzämtern mitgeteilt worden.

Eine Besserstellung der Kurzarbeiter durch Herabsetzung des der Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung zugrunde zu legenden Hundertsatzes von 60 auf 50 in besonders begründeten Ausnahmefällen ist von hier aus dem Reichsarbeitsministerium beflwortet worden; der Erlass einer entsprechenden Bestimmung ist in Bälde zu erwarten.

Das Arbeitsministerium stellt anheim, von dem Inhalt des vorstehenden Schreibens die einzelnen Bezirksverwaltungen der Gewerkschaften in Kenntnis zu setzen.

Für den Arbeitsminister:
J. B. gez. Schmuder.

Verbandsnachrichten

Bezirk Köln. Am Sonntag, den 19. September, fand in Köln die Bezirkskonferenz des Kölner Bezirkes statt. Die Verwaltungsstellen hatten 55 Delegierte entsandt. Als Vertreter des Zentralverbandes war der zweite Vorsitzende, Kollege Schmidt, erschienen. Der Bezirksleiter, Kollege Lange, begrüßte die Delegierten und den Kollegen Schmidt und gab den Jahresbericht. Er hob hervor, daß seit der letzten Konferenz, die am 31. Juli 1912 stattfand, eine gewaltige, folgenreiche Zeit verstrichen sei. Mehr als 600 unserer besten Kollegen im Bezirk hätten in dem Weltkrieg den Heldentod erlitten, darunter auch Kollegen, die auf der letzten Konferenz als Delegierte vertreten waren. Das Andenken dieser Gefallenen wurde in üblicher Weise geehrt. Aus dem Bericht des Bezirksleiters, der sehr umfangreich war, sei das Folgende mitgeteilt: Die Konferenz konnte im vorigen Jahre infolge des Nichtvertrages der Jünger am Sonntag nicht stattfinden. Die gemeinsamen Interessen des Bezirkes sind jedoch durch die Konferenzen der Angestellten des Verbandes mit dem Bezirksvorstand wahrgenommen worden. Seit der letzten Konferenz sind die Verwaltungsstellen so ausgebaut, daß für alle Verwaltungsstellen Vorkameralstellen tätig sind. Ueberdies sind die Neuwahl bilden mit Koblenz einen gemeinsamen Sekretariatsbezirk, ebenso Solingen mit Remscheid und Düren, Jülich mit Aachen. Die Konferenz war jetzt bringen notwendig geworden, da zu den wichtigen Fragen der Gründung von Bauproduktionsgenossenschaften sowie zur Schaffung einer Bezirksklasse Stellung genommen werden mußte. Die Verichtszeit sei eine schicksalshwere Zeit: Englands Absichten, die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt zu zerstören, sei verwirklicht. Die Revolution ist in der benachbarten ungünstigsten Zeit gekommen. Nun sind wir die Eliten anderer Völker. Fremde Völker tummeln sich nun am schönen Rhein und wir haben und zahlen ruckweise Steuern, Wohnungen werden requiriert. Der Wohnungsbau kann nicht in notwendigem Maße gefördert werden, da das Geld fehlt. Unsere Industriebetriebe sind zum großen Teil stillgelegt, weil die ungeheuren Mengen deutscher Kohle nach Frankreich gehen, wo man nach Aussage von Kennern „in Kohle schwimmt“.

Während des Krieges hat das Baugewerbe fast stillgelegen. Im besetzten Gebiet beschränkt sich die Bautätigkeit an vielen Stellen auf die Errichtung von Offizierswohnungen. Ganz trostlos brauchen wir am Rhein trotz alledem nicht in die Zukunft zu schauen. Der Rhein ist und bleibt als natürliche Wasserstraße eine Lebensader. Speziell Köln hat große Baupläne. Neue Hafenanlagen und Industriebauten im nördlichen Teil, sowie Kanalobjekte von ungeheurer Tragweite für den Verkehr nach dem Westen sind in Vorbereitung. Wir werden trotz allem wieder hochkommen. Dieses sei auch die Ansicht im neutralen Ausland. Darum wollen wir auch selbst an unsere Zukunft glauben und den Sinn nach vorwärts richten.

Es gibt auch Sichtblide. Die Gewerkschaften sind heute als die berufene Interessenvertretung der Arbeiter anerkannt. Solle Koalitionsfreiheit ist gesichert, soweit sie von der radikalen Arbeiterschaft nicht selbst wieder zerstört wird. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden heute grundsätzlich und allgemein tariflich geregelt. Der Wirtschaftstag ist durchgeführt. Das Betriebsrätegesetz gibt der Arbeiterschaft ein größeres Mitbestimmungsrecht. Die Gründung der Bauproduktionsgenossenschaften, die in Köln und Düsseldorf bereits gegründet bzw. praktisch tätig, in Bonn, Aachen, Trier und im Bergischen Lande in der Bildung begriffen sind, versprechen für die Arbeiter- und Angestelltenchaft allgemein und für die Bauarbeiter im besonderen erhebliche Vorteile. Trotz allem bleiben die Gewerkschaften die wichtigste Einrichtung, um der Arbeiterschaft den stets notwendigen Einfluß zu sichern. Die Löhne sind zwar bedeutend erhöht und schwanken zwischen 3,80 M bis 6,75 M pro Stunde. Trotzdem wissen die Familien infolge der Inflation nicht durchzukommen. Vor größerer Arbeitslosigkeit sind wir im allgemeinen verschont geblieben. Immerhin sind ungeheure Hilfsarbeiter hier und dort vorübergehend arbeitslos geblieben. Im Bauarbeiterstand sind Hoffnungen zu verzeichnen durch Aufstellung von Baukollektiven aus dem Bauarbeiterstand. In Köln sind 9 solcher Kollektive angefaßt, davon 3 Mitglieder dieses Verbandes. In Trier ist unser Kollege Hubert Meyer als Baukontrolleur angefaßt. Die Kontrolle ist in Anbetracht der hohen Preise für Gerichte und den hohen Lohnforderungen Menge an Notwendigen besonders notwendig. Die Baukontrolleur tragen a. a. auch die große Wichtigkeit der Arbeiter. Das muß schon sein. Aber die Gründung des Verbandes ist zu sagen, daß heute 13 Verwaltungsstellen mit 222 Delegierten vorhanden sind. Die Verwaltungsstelle in

demnach ist Koblenz angefaßt, die Verwaltungsstelle Düren an Aachen. Wie stark der Verband durch den Krieg beeinflusst ist, ergibt sich aus der Zahl der Mitglieder. Diese betrug: 1912 7204, 1913 7424, 1914 (im Jahresdurchschnitt) 5429, 1915 1705, 1916 1459, 1917 2491, 1918 2732 und ist 1919 wieder auf 7545 gestiegen. Gegenwärtig beträgt die Mitgliederzahl 10 780. Wir haben also gegenüber der Vorkriegszeit die Mitgliederzahl um 45 Prozent gesteigert. Im Jahre 1919 hatten wir 7736 Aufnahmen und 1049 Uebertritte aus anderen Organisationen, vorwiegend aus dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande. Im ersten Halbjahr dieses Jahres sind 3686 Aufnahmen und 970 Uebertritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl und auch die Zahl der verkauften Beiträge wurden noch größer sein, wenn in allen Ortsgruppen noch mehr für pünktliche Bedienung der Mitglieder gesorgt und die Uebertritte auf den Baustellen stärker gehandhabt würde. Wir werden zweifellos dann noch weitere wesentliche Fortschritte machen, wenn dahin gewirkt wird, daß auf jeder Arbeitsstelle auch ein Platz- bzw. Baubelegierter unseres Verbandes vorhanden ist, der seiner Aufgabe scharf nachkommt. Der größte Wert müßte in der nächsten Zeit auf Schaltung der Baubelegierten gelegt werden.

Die Einnahmen haben betragen 1914 184 997,91 M, 1915 49 329 M, 1916 38 894 M, 1917 84 662,12 M, 1918 98 160,75 M, 1919 350 541,44 M. Dagegen die Gesamtausgaben, einschließlich des auf das einzelne Mitglied entfallenden Anteils der allgemeinen Unkosten im gesamten Verbande: 1914 144 162,47 M, 1915 97 651,01 M, 1916 68 975,53 M, 1917 110 445,72 M, 1918 135 019,54 M, 1919 309 272,99 M. Erst im Jahre 1919 ist es wieder gelungen einen Ueberchuß der Einnahmen über die Ausgabe zu erzielen und zwar in Höhe von 41 268,45 M. Die Ausgaben der Bezirksleitung haben sich zwischen 1913 bis 1917 auf etwa derselben Höhe gehalten. Sie betragen 1913 6912,17 M, 1917 6341,43 M und stiegen 1918 auf 8114,23 M, 1919 auf 13 167,28 M. Die Tätigkeit des Bezirksleiters hat sich in der Zeit der Teuerung in der Hauptsache auf Lohnverhandlungen erstreckt. Für die Agitation blieb wenig Zeit. Jede diesbezügliche Disposition wurde dadurch immer wieder gestört. Heute sind fast für alle Berufe und Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. Die bisherigen Ortsstarke in Aachen, Uebernach und Euskirchen sind dadurch erledigt, daß sich die Unternehmer bzw. deren Ortsverbände dem Rheinischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angegeschlossen haben. Ortsstarke bestehen heute nur noch am Niederrhein und im Rufe Wittgenstein. Der vollständige Abschluß der Tarifverträge verzögert sich leider immer mehr. Infolge einiger geringfügiger örtlicher Differenzen war es auch bis jetzt nicht möglich, den Tarif für das Hochbaugewerbe des ganzen Bezirkes zu unterschreiben und im Druck erscheinen zu lassen. Hierin muß eine radikale Aenderung eintreten.

An den Bericht schloß sich eine ausgedehnte Aussprache. Einmütig herrschte die Ansicht vor, daß unsere Organisation sich über die Baunebenberufe erstrecken muß, und daß der größte Wert darauf zu legen ist, daß an allen Arbeitsstellen Bau- bzw. Baubelegierte zu wählen sind, und in besonderen Delegationen diese Kollegen gesammelt werden müssen. Diese Sitzungen müssen regelmäßig allmonatlich stattfinden. Vom Gesamtverband der christl. Gewerkschaften wird gefordert, daß recht bald dem Bauarbeiterverband die Baunebenberufe zugewiesen werden. Hervorgehoben wurde, daß in Zukunft darauf geachtet werden müsse, daß bei jeder Lohnhöhung sofort auch der statutenmäßige Beitrag erhoben wird. Unsere Agitation müsse sich wieder mehr auf das Prinzipielle einstellen, da sicher die religiösen Ideale wieder mehr in den Vordergrund treten würden. Die christlichen Arbeiter müßten den radikalen Sozialisten entschieden gegenüber treten. Unsere Ideale brauchen wir nicht unter den Scheffel zu stellen. Im allgemeinen ging aus der Aussprache hervor, daß man mit dem Tätigkeitsbericht bzw. mit der Tätigkeit der Bezirksleitung zufrieden war. Nachmittags wurde zunächst die Frage der Bauproduktionsgenossenschaften behandelt. Kollege Becker-Köln besprach in einer Viertelstündigen Vorrede diese wichtige Frage. In der Aussprache nahm zunächst Herr Architekt Bedmann das Wort. Er sprach sein volles Einverständnis mit den Ausführungen des Kollegen Becker aus und gab praktische Winke. Delegierte von Düsseldorf, Aachen, Elberfeld, Barmen und Bonn berichteten, daß sie bereits die Gründung von Bauproduktionsgenossenschaften praktisch vollzogen haben. In Trier ist sie in Vorbereitung. Einstimmig Anstalt bestand darüber, daß die Bewegung zur Schaffung von Bauproduktionsgenossenschaften gefördert werden muß. Es wurde dann Stellung zur Schaffung einer Bezirksklasse genommen. Die Notwendigkeit begründete Kollege Lange. Nach längerer Aussprache wurde einstimmig die Schaffung der Bezirksklasse beschlossen. In die Bezirksklasse sollen pro verkaufte Vertragsmarke 10 Pfg. abgeführt werden. Solange Verwaltungsstellen noch mit Unterbilanz arbeiten, soll ihnen die Abführung des Beitrages an die Bezirksklasse erlassen werden. In den Bezirksvorstand wurden die Kollegen Joh. Becker, Wilhelm Hildebrand, Franz Dax und Jos. Gopp (Polier) einstimmig gewählt. Kollege Schmidt hielt dann einen allgemein interessierenden Vortrag, wobei er auch der Bestrebungen auf parteipolitischen Gebiet gedachte. Er sprach seine Ansicht dahin aus, daß unsere christliche Gewerkschaftsbewegung sich auch in Zukunft parteipolitisch neutral verhalten müsse. Von den aus Arbeiterkreisen hervorgegangenen Abgeordneten müssen wir aber verlangen, daß sie sich gegen den Fraktionszwang wenden und in bestimmten wichtigen Fragen eine einheitliche Stellung einnehmen, wie diese der Haltung unserer Gesamtbewegung entspricht. Eigenmächtiges Vorgehen einzelner schädige die Gesamtbewegung. Nach dem Vortrage des Kollegen Schmidt sprach Kollege Lange noch einige anspannende Einzelfragen und schloß die sehr anregend verlaufene Versammlung.

Habensburg. Wohl selten erfreute sich eine Versammlung der christlich organisierten Arbeiter eines zahlreichen Besuches wie die am 20. September, zu der der Gewerkschaftsbund eingeladen hatte. Kollege Heu referierte über die Wirtschaftslage Deutschlands. Friedensvertrag muß revidiert werden. Notwendig jedenfalls die Zulassung von Rohprodukten, wenn in den Friedensvertrag erfüllen sollen. Diese Erkenntnis muß sich Bahn brechen müssen und werden, denn ein Untergang Deutschlands bedeutet den Untergang Europas. Aber an im Innern unseres deutschen Vaterlandes selbst muß wieder andere Zustände Platz greifen, vor allem die Stellung einer soliden Moral in Industrie und Handel und die ungeheure Steigerung der Preise muß Schluß gemacht werden. Das deutsche Volk darf nicht länger von einer kleinen Zahl ehr- und pflichtvergessener Macherer u. Schieber ausgefaßt werden. Bei der radikal verheerenden Arbeiterschaft muß wieder Pflichtbewußtsein erweckt werden aber nicht in weitesten Preisen. Bestimmte Preise haben es darauf abgesehen, durch Streiks die Arbeiterschaft ins Elend zu stürzen und die so notwendigen Steuern zu sabotieren. Die Erzbergerische Steuerreform muß mit aller Schärfe durchgeführt, alle Kriegsgewinne sofort eingezogen werden. Die Versöhnung der Stände und der Völker muß oberste Aufgabe aller werden. Der Unternehmer muß einsehen lernen, daß der Arbeit als der gleichberechtigten Produktionsgehilfe zu bewerten und zu behandeln ist. Nicht der Marxismus wird ein neue Gesellschaftsordnung verwirklichen können, sondern nur die christlichen Grundsätze verbürgen die Hebung der Menschheit auf eine höhere Kulturstufe. Gräulein Müll vom Verband der kaufmännischen weiblichen Angestellten beantwortete glänzend die Frage: Was will der Deutsche Gewerkschaftsbund? Kollege Bengler besprach den Generalkongress in Württemberg. Klar zeigte er, wie das Bestreben der Radikalen nur darauf ausging, eine Machtprobe zu veranstalten. Die Heide hat jedoch die Arbeiterschaft zahlen. Ein Teil derselben liegt jetzt auf der Straße und größte Not und Elend wird diesen Winter überherrschen. In Württemberg beträgt der Verlust an Lohn ausfall etwa 85 Millionen Mark. Eine harte Lehre für die Arbeiter. Diese „Arbeiterfreunde“ würden am Besten tun, nach Ausland auszuwandern und dort ihre Zukunftsträume zu spinnen, wobei sie allerdings leicht verhungern können. Angesichts dieser Lehre kann es nur eines geben: Einigen in die Organisationen, die sich frei halten von politischer Drahtzieherei, hinein in die christlichen Gewerkschaften!

Augsburg. Am 1. Oktober wurde der Kollege Kaver Mehle aus Schlipshaus, der von der Arbeit in Meiringen zurückkam, beim Aussteigen aus dem Ulmer Personenzug in der Station Würg überfahren und getötet. Eine Frau und zwei Kinder sehen trauernd an der Bahre des auf so tragische Weise ums Leben gekommenen, in dem ihr eines unserer eifrigsten Mitglieder beklagen.

Bekanntmachung

Verwaltungsstelle Siegen

Am 11. Oktober befindet sich unser Geschäftsstimmer, Verkehrs- und Versammlungsort Siegen, Ecke Sandstraße - Kampenstraße, Eingang Kampenstraße. Telefon Nr. 1012. Postfachkonto Köln 97 837. Von jetzt ab finden an jedem Sonntag im Verkehrslokal, vormittags von 10-12½ Uhr, Besprechungen für die Mitglieder der dem Kartell angeschlossenen Berufsverbände statt. Die Gewerkschaftsblätter der einzelnen Berufsverbände und Tageszeitungen liegen aus. Es wird Sorge getragen, daß an den Besprechungen ständig ein Verbandsangestellter teilnimmt. Wir bitten unsere Kollegen, von der Einrichtung regen Gebrauch zu machen.
Der Verwaltungsstellen-Vorstand.
J. A. J. Achenbach

Sterbetafel.

Am 25. August starb unser treuer Kollege **Heinrich Studemeier**.
Verwaltungsstelle Rheba.
Am 27. September starb unser treuer Kollege **August Schuster** im Alter von 48 Jahren.
Verwaltungsstelle Neustadt O.-S.
Am 30. September verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege **Fraugott Töppler** infolge Herzkammer- und Nierenleiden. Wir werden ihm als einem der ersten der Ortsgruppe ein dauerndes Andenken bewahren.
Ortsgruppe Erfurt.
Auf der Rückfahrt von der Arbeitsstelle bemutglückte am 1. Oktober unser Kollege **Kaver Mehle** aus Schlipshaus durch Eisenbahnunfall tödlich. Er war einer unserer Besten.
Verwaltungsstelle Augsburg.
Am 1. Oktober starb nach langem, schwerem rheumatischem Leiden, das er sich in 3½-jähriger ständiger Gefangenenschaft angeeignet hatte, unser langjähriges treues Mitglied **Ronald Feja** (Maurer) aus Pösching (Neupolen) im Alter von 37 Jahren.
Verwaltungsstelle Ramslan.
Ehre ihrem Andenken!